

Leseproben aus dem Buch:

Hannes Hofbauer

Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter

Promedia Verlag 2014.

(Siehe [Infos zum Buch im LabourNet Germany](#))



**Die Diktatur
des Kapitals**
Souveränitätsverlust im
postdemokratischen Zeitalter

Ausschnitte (S. 169- 175 und 182-186) aus dem Kapitel

"Gesellschaftliche Konsequenzen totalitärer Verhältnisse" als exklusive

Leseprobe im LabourNet Germany – wir danken dem Autor!

Demokratie als „liberale Demokratie“

Mit dem Ende des sowjetischen Experiments, dem Zusammenbruch des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation im Jahr 1991 scheiterte ein wie auch immer zwangsweise und undemokratisch verordnetes sowie fehlerhaft betriebenes politisches Primat über ökonomische Prozesse. Kritiker dieser staatsgelenkten Wirtschaft, die freilich nie unabhängig von der kapitalistischen Weltökonomie agieren konnte, jedoch im Inneren die kapitalistische Akkumulationslogik außer Kraft setzte, analysierten das sowjetische Gesellschaftssystem aufgrund der politischen, von einer einzigen Partei geführten Oberhoheit über so gut wie alle gesellschaftlichen Bereiche als totalitär. Totalitarismus wird in der Literatur, nicht zuletzt auch unter dem Einfluss der Werke Hannah Arendts¹, als eine politische Begebenheit verstanden. Der Begriff benötigt das Eigenschaftswort „politisch“ meist gar nicht mehr, um in diesem Sinne verstanden zu werden.

Die Wirklichkeit der aktuellen globalisierten Welt ist mit diesem Verständnis von Totalitarismus allerdings nicht erklärbar. Zu sehr haben sich die sogenannten Global Player, weltmarktführende Oligopole und Monopolisten einzelner wichtiger Branchen, die Legislative und die Exekutive auch und gerade großer Staaten zu Diensten gemacht, als dass diese weltweite Machtverschiebung übersehen werden könnte. Ihr Profitinteresse ist zum bestimmenden Faktor politischer Prozesse geworden, totalitäre gesellschaftliche Verhältnisse gehen von diesem ökonomischen Interesse aus. Dies betrifft auch jedermanns und jederfraus Alltag, von der Kommodifizierung sämtlicher Lebensbereiche bis zur vorgegaukelten politischen Vielfalt bei Wahlgängen. Erlebtes wird zunehmend als Konsumiertes verstanden, immer weniger Bereiche menschlichen Daseins und zwischenmenschlicher Beziehung finden außerhalb der Warenwelt statt. Vertrag und Kauf ersetzen Glück und Bedürfnis.

¹ Siehe z.B. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München/Zürich 1986 (1955).

Demokratie als Volksherrschaft steht im Widerspruch zu dieser Bestandsaufnahme. Und dennoch wird auf ihr als politischem Instrument beharrt, auch von jenen, die längst über ihre ökonomische Macht auch staatliche und suprastaatliche Verwaltungen kontrollieren. Wer also die Verhältnisse nicht zum Tanzen bringen will, weil er von ihnen profitiert, überlegt sich eine Neudefinition der Begrifflichkeit. Im mächtigsten Think Tank des Kapitals, dem „Council on Foreign Relations“, genauer: in dessen Publikation *Foreign Affairs*, wird über solche Neuinterpretationen nachgedacht. Zur Disposition bzw. Neubewertung steht nichts Geringeres als der Begriff der Demokratie. Das führende Council-Mitglied Fareed Zakaria, von 2000 bis 2010 Chefredakteur von *Newsweek* sowie politischer Chefkommentator der US-Fernsehstationen ABC und CNN, gibt die Linie vor. In seinem richtungsweisenden Beitrag „Das Aufblühen illiberaler Demokratie“² differenziert Zakaria zwischen Demokratie und Liberalismus. Um keine Missverständnisse für das US-amerikanische Publikum aufkommen zu lassen, weist er anfangs in einer eigenen Fußnote darauf hin, dass er unter „Liberalismus“ die in Europa übliche Definition des „klassischen Liberalismus“ meint und nicht den in amerikanischen konservativen Kreisen als „liberal“ diffamierten Vertreter des Wohlstandsstaates.

Der klassische politische Liberalismus des späten 19. Jahrhunderts ging den Massenparteien voraus bzw. wurde von diesen sich christlich, national oder sozial(istisch) ausdifferenzierenden Organisationen abgelöst. Fareed Zakaria kehrt gedanklich wieder in die Epoche der liberalen Klubs zurück, wenn er schreibt: „Was europäische und nordamerikanische Regierungen in der modernen Geschichte charakterisiert und gegenüber anderen Regionen in der Welt unterschieden hat, war nicht die Demokratie, sondern der konstitutionelle Liberalismus.“³ Damit ist die Katze aus dem Sack.

In Fortführung von Francis Fukuyamas Endzeit-Vision, nach der „die liberale Demokratie den ‚Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit‘ und die ‚endgültige Form menschlicher Regierung und also das Ende der Geschichte‘“⁴ bedeutet, baut Zakaria am Mythos des Liberalismus, an dem die Welt zu genesen habe, weiter.

Was – für Zakaria und jene Kapitalgruppen, für die er arbeitet – an der Demokratie wichtig ist, ist nicht die Volksherrschaft, sondern – man ist versucht zu sagen: im Gegenteil – der „konstitutionelle Liberalismus“. Dabei interessiert ihn ehrlicherweise nicht, wie es zur „Auswahl von Regierungen kommt, sondern schon eher, welches Ziel diese Regierungen haben.“⁵ „Konstitutionellen Liberalismus“ erklärt er in einem Halbsatz mit der Herrschaft des Rechts, welches dazu da ist, individuelles Leben und Eigentum sowie Religions- und Redefreiheit zu garantieren. Der Schutz des Eigentums steht selbstverständlich im Zentrum liberaler Überlegungen. Er geht der politischen Willensbildung voraus, die erst nach der Unumstößlichkeit des Eigentumsschutzes erfragt wird bzw. erfragt werden soll.

² Fareed Zakaria, The Rise of Illiberal Democracy. In: *Foreign Affairs* Nov/Dec 1997, S. 22-43.

³ Ebd., S. 27.

⁴ Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*. New York 1992, S. 11.

⁵ Zakaria, The Rise of Illiberal Democracy, S. 25.

So betrachtet sind Kapital und Demokratie nicht voneinander trennbar. Oder, wie es der Marburger Politologe Frank Deppe sagt: „Die neue Epoche beginnt für die neoliberalen Denker mit der unumstößlichen Gewissheit, dass Marktwirtschaft/Kapitalismus und Demokratie zusammengehören, sich wechselseitig konstituieren und sich gerade darin als allen anderen gesellschaftlichen und politischen Systemen überlegen erweisen.“⁶

Die eigentliche Sorge bedrückt Zakaria dort, wo er „illiberale“ und mithin – in seiner Wahrnehmung – „illegitime“ Demokratie heraufdämmern sieht. „Die Demokratie floriert; der konstitutionelle Liberalismus nicht“⁷, warnt er mahnend und unterstreicht die Dimension des Problems. Von den nach seiner Definition 118 existierenden demokratischen Staaten (von insgesamt 193) kennzeichnet er ein gutes Drittel als „illiberal“. Dort werden zwar Parteien und Präsidenten in makellosen Wahlgängen an die Spitze von Parlamenten, Ministerien und Staatskanzleien gewählt, sogar ein- oder mehrmals vom Volk bestätigt, eine notwendige konstitutionelle Legitimität verleiht ihnen das jedoch keinesfalls. Der Mangel an „rule of law“, Schutz von Eigentum und Investitionssicherheit ist dermaßen beträchtlich, dass dafür eine neue Kategorie von Staatsform gedacht werden muss, eben die „illiberale Demokratie“. Zakaria zählt zu diesen „illiberalen“, mithin illegitimen Ländern auf den ersten Blick sehr unterschiedliche und schert sie über einen Kamm: Peru, Palästina, Rumänien, die Slowakei (unter Mečiar), Pakistan, die Philippinen, Argentinien, Belarus, Iran, Kasachstan, Bangladesch, Sierra Leone usw. Überall dort, wo Wahlen nicht so ausgegangen sind, wie es sich US-amerikanische Investoren für den ungehinderten Zugang zu Märkten und dem ungehinderten Abfluss von Kapital wünschen, wird die entsprechende Regierung als „illiberal“ definiert.

Es wäre nicht der „Council on Foreign Relations“, wenn die Studie von Fareed Zakaria in der Analyse steckenbleiben würde. Die Vorschläge zur Verbesserung der Weltlage folgen auf dem Fuß. Die Schwierigkeiten der Transformation sieht der Autor klar vor sich: „Während es leicht für die amerikanische Außenpolitik ist, Ländern Wahlen aufzudrängen, ist es viel schwieriger, Gesellschaften in Richtung eines konstitutionellen Liberalismus zu stoßen.“⁸ Der Leser kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Wahlen als störend empfunden werden, solange sie nicht zum gewünschten Ziel – der Rechtssicherheit für Investitionen und Kapitaltransfers – führen. „Wahlen sind wichtig, aber sie sind nicht die einzige Tugend. Regierungen sollten auch (von der US-Außenpolitik, d.A.) nach ihrer Reife in Hinblick auf konstitutionellen Liberalismus beurteilt werden.“ Abschließend sorgt sich Zakaria noch um die mit Wahlen in Verbindung stehende Legitimität, die solch „illiberale Demokratien“ wenn schon nicht für die US-Außenpolitik, so jedoch nach innen besitzen: „Illiberale Demokratien gewinnen Legitimität und Stärke aus der Tatsache, dass sie halbwegs demokratisch sind. Umgekehrt besteht die größte Gefahr der illiberalen Demokratie – abgesehen von der für ihr eigenes Volk – darin, dass sie die liberale Demokratie als solche diskreditieren und damit einen Schatten auf liberale

⁶ Frank Deppe, *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg 2013, S. 66.

⁷ Zakaria, *The Rise of Illiberal Democracy*, S. 23.

⁸ Ebd., S. 40.

Regierungssysteme werfen.“⁹ Mit anderen Worten: „Demokratie ohne konstitutionellen Liberalismus ist nicht bloß inadäquat, sondern gefährlich.“

Studien wie die von Fareed Zakaria geben die Linie vor, nach der sich nicht nur mächtige Think Tanks großer Kapitalgruppen richten, sondern auch die Medien, die ähnlichen Eigentumsstrukturen unterworfen sind. Die Missachtung, mit der auch in unseren Breiten in meinungsführenden Zeitungen und TV-Stationen Wahlen zunehmend begegnet wird, zeigt dies deutlich.

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch, der mit seinem 2003 ursprünglich auf Italienisch erschienenen Buch „Postdemocrazia“¹⁰ international Aufsehen erregt hat, nimmt die vom „Council on Foreign Relations“ betriebene Umdeutung von Volksherrschaft wahr und kritisiert sie. „Demokratie wird“, so Crouch, „– wiederum unter dem Einfluß der USA – zunehmend als liberale Demokratie definiert.“¹¹ Er ortet drei Säulen, auf denen das der liberalen Demokratie zugrunde liegende Kapital-Modell steht: die „Partizipation der Massen“ in Wahlgängen, möglichst „große Spielräume für Lobbyisten“ und den „weitgehenden Verzicht auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie.“ Crouchs daraus entwickelte Einschätzung, dass westeuropäische Gesellschaften wie die italienische, britische oder deutsche „postdemokratisch“ strukturierte seien, trifft zwar zu, verkennt aber die Kompromisslosigkeit der Liberalen, die den dem Kapital ergebenden Konstitutionalismus eindeutig vor Elemente der Volksherrschaft stellen. Während Crouch meint, dass sich die Befürworter des Modells einer liberalen Demokratie „nur am Rande für die wirkliche, umfassende Beteiligung der Bürger (...) interessieren“, lässt ein Blick auf den Umgang z.B. der Europäischen Union mit der Wirtschaftskrise 2008 den Schluss zu, dass die „umfassende Beteiligung der Bürger“ dort nicht einmal am Rande jemanden interessiert. Ein Kollege von Colin Crouch, der irische Politikwissenschaftler Peter Mair, sieht im westlichen politischen System eine „Demokratie ohne Demos“ auf dem Vormarsch, die zunehmend „ihrer popularen Komponente entkleidet“ wird.¹² Und für den deutschen Politologen Frank Deppe leben die Gesellschaften Europas in einem „autoritären Kapitalismus“, den er allerdings erst mit der Weltwirtschaftskrise des Jahres 2008 heraufdämmern sah.¹³ Diese von ihm sehr spät angesetzte Zäsur klammert die Erfahrungen der osteuropäischen Gesellschaften seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus, als dort mit brachialer Gewalt Märkte erschlossen und soziale Rechte beseitigt wurden. Der Akkumulationshunger der großen Konzerne bestand freilich bereits zuvor. Ihr einflussreichster Mentor auf europäischem Boden war eine Frau.

TINA, die von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zu Beginn ihrer Amtszeit 1980 der Weltpresse zum gefälligen Apportieren hingeworfene Buchstabenkombination, war kein Frauenvorname, sondern stand als Akronym für „There is no Alternative“. Die konservativ-liberale,

⁹ Ebd., S. 42.

¹⁰ Colin Crouch, *Postdemokratie*. Frankfurt/Main 2008.

¹¹ Ebd., S. 9.

¹² Peter Mair, Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy. In: *New Left Review* Nr. 42. London 2006. Zit. in: Frank Deppe, *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg 2013, S. 8.

¹³ Frank Deppe, *Autoritärer Kapitalismus*, S. 11

von Kapital-Apologeten wie Francis Fukuyama¹⁴ beeinflusste Tory-Politikerin brachte damit ihre Überzeugung – bzw. die Interessen derjenigen, die die Konservativen finanzierten – zum Ausdruck, dass es zum Konkurrenzprinzip des Kapitalismus keine Alternative gäbe. Die Mischung aus zwingender Alternativlosigkeit und Ökonomie als Diktat entspringt einer totalitären Ideologie, die den Interessen der mächtigsten Kapitalanleger Genüge tut. Eine ganze Generation später tritt Thatchers Wiedergängerin, die als solche noch gar nicht genug gewürdigt wird, mitten in der 2008 sichtbar gewordenen Wirtschaftskrise mit dem Spruch einer notwendigen, „marktgerechten Demokratie“ auf. In den 30 Jahren, die dazwischen liegen, hat sich allerdings auch für den unbedarften Beobachter wirtschaftlicher Verhältnisse gezeigt, dass mit „Markt“ der „Finanzmarkt“ gemeint ist, mithin der Verweis auf die marktgerechte Demokratie nicht auf die samstäglichen Bauernmärkte in großen Städten oder die Preisbildung beim Kauf eines Hauses Bezug nimmt, sondern die Spekulation auf Staatsanleihen, Aktienkurse und Währungen meint.

Allerorts tauchten ob solcher gängigen Affirmationen zur Dominanz des Kapitalmarktes über Produktion und Dienstleistungen Kritiker auch in bürgerlichen Medien auf; wie z.B. der damalige Leitartikler und langjährige Herausgeber und Chefredakteur der österreichischen Tageszeitung *Kurier*, Peter Rabl, der sein Unverständnis zur Merkel'schen Vorgabe im März 2013 in folgende Worte kleidete: „'Marktgerechte Demokratie' fordern ungeniert die Herolde des fehlgeleiteten Turbo-Kapitalismus. Doch es muss andersrum laufen: Wir brauchen endlich wieder einen demokratiegerechten Markt.“¹⁵ Rabl irrt – übrigens gemeinsam mit den Aktivisten von „Attac“ – im Substantiellen, obwohl er die Tragik der Entwicklung der bürgerlichen Demokratie voll erfasst. Denn der von ihm als „demokratiegerechter Markt“ titulierte Zustand ist nicht das Gegenteil der Diktatur der Finanzmärkte, sondern seine Kehrseite. Und zwar insofern, als dass es exakt dasselbe Kapital ist, das in Zeiten lohnender Verwertung seine Rendite in der Produktion macht, während es in der durch sinkende Profite ausgelösten Akkumulationskrise eben in die Spekulation wandert. Da ist nichts Gutes in dem einen und nichts Schlechtes in dem anderen, es geht schlicht und einfach um Rendite-Erwartungen. Wenn aber Konzentrationsprozesse extrem zunehmen und sich hier der Reichtum und dort das Elend zu konzentrieren beginnt, also sich die Verteilung so sichtbar ungerecht gestaltet, dass soziale, nationale oder religiöse Unruhe in größerem Ausmaß entsteht, dann hilft den Herrschenden nur mehr eine „liberale, konstitutionelle“ Demokratie, oder – wie die deutsche Kanzlerin es nennt – eine „marktgerechte Demokratie“. Sie könnte sie auch Kapitaldiktatur nennen, würde dann aber bei noch weiteren Teilen der Bevölkerung in Argumentationsnotstand geraten.

Mit seinem auf Englisch 680 Seiten dicken Opus »Capital in the Twenty-First Century« zeichnet der französische Wirtschaftshistoriker Thomas Piketty¹⁶ die Entwicklung sozialer Disparitäten in den vergangenen 150 Jahren nach. Er macht dies hauptsächlich an den Beispielen USA und Frankreich fest. Dabei fällt auf, dass die Jahre 1929 und 2008, nicht zufällig von weltweiten

¹⁴ Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*. New York 1992.

¹⁵ *Kurier* vom 3. März 2013.

¹⁶ Thomas Piketty, *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge/USA 2014, S. 23f.

Börsencrashes gezeichnet, Höhepunkte gesellschaftlicher Ungleichheit sind. Umgelegt auf die zehn Dezile einer Gesellschaft, nach der Sozialwissenschaftler z.B. Einkommensunterschiede ausweisen, konnte das reichste Zehntel in den USA 1929 und 2008 rund 50% des Volkseinkommens für sich reklamieren. Dazwischen lag die Vergleichszahl im Jahr 1970 bei 33%, der Reichtum war also gleichmäßiger verteilt. Seit Mitte der 1970er-Jahre nahm die Ungleichheit wieder zu; ab 1990 konnte das reichste Zehntel der Gesellschaft nochmals zu einem gehörigen Sprung nach oben ansetzen und 40% des Volkseinkommens in Händen halten. In Westeuropa war die Entwicklung ähnlich.

Wie planmäßig die Umverteilung von unten nach oben seit Anfang der 1990er-Jahre durchgeführt wurde – ab einem Zeitpunkt, der wie bereits beschrieben nicht zufällig mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Ende des Systemantagonismus zusammenfiel –, zeigt ein Blick auf die deutsche Steuergesetzgebung. Da wurden Massensteuern wie die Mehrwertsteuer von 15% (1993) und 16% (1998) auf 19% (2007) erhöht, die Tabaksteuer zwischen 1992 und 2015 insgesamt zehn Mal angehoben und die Mineralölsteuer seit 1991 um mehr als das Doppelte (von 29,1 Cent pro Liter Benzin auf 65,4 Cent) erhöht. Gleichzeitig sanken der Spitzensteuersatz von 53% auf 42% sowie Unternehmensbesteuerungen wie die Körperschafts- und Gewerbesteuer von 57,5% auf 29,4%. Wen wundert's, wenn das durch solche Maßnahmen angehäufte Kapital in den Händen weniger, das zugleich einer sinkenden Nachfrage von vielen gegenübersteht, außerhalb der Produktion seine Rendite sucht. Die Europäische Union schreibt übrigens den einzelnen Mitgliedsländern für Massensteuern wie der Energie- bzw. Mineralölabgabe Mindeststeuersätze vor, während Einkommens- und Unternehmenssteuern keiner Vorgabe aus Brüssel unterliegen.

(...)

Die Ich-Marke

Die Botschaft des konstitutionellen Liberalismus, demokratische Legitimität durch Akkumulationsnotwendigkeit zu ersetzen und dieser dann ein liberal-demokratisches Mäntelchen umzuhängen, ist angekommen. Insbesondere die jüngere Generation hat in ihrer Mehrheit die Dominanz des Marktmechanismus über die Souveränität des Einzelnen oder des Kollektivs erkannt; oder genauer: Die Verhältnisse zwangen sie zur Anerkennung. Viele handeln danach, indem sie ihre eigene Person dieser Situation anpassen und marktkonform machen.

Grundlage dafür ist eine rapid zunehmende Kommodifizierung, also die Umformung von immer mehr Lebensbereichen in reine Warenform, die dann – im Sinne Rendite suchenden Kapitals – veräußert werden kann. Dies passiert mit so gut wie allen Elementen gesellschaftlicher Daseinsvorsorge. Potenziell sind sämtliche sozialen Rechte, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa – West wie Ost – erkämpft worden sind, davon betroffen. Staatliche Schutz- und Vorsorgemaßnahmen werden sukzessive eingestellt und geraten unter die marktwirtschaftliche Logik. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch warnt, wie viele andere, vor der

Vermarktwirtschaftlichung „sozialer Bürgerrechte“, wenn er meint: „Solange der Wohlfahrtsstaat überlebt, sind gewisse Bereiche dem potentiellen Profitstreben der Kapitalisten entzogen. Der postindustrielle Kapitalismus versucht daher, die Abmachungen zu widerrufen, die im Industriezeitalter getroffen wurden, und dadurch alle Schranken der Kommerzialisierung und Kommodifizierung niederzureißen, die ihm im Rahmen des Konzepts der sozialen Bürgerrechte auferlegt wurden.“¹⁷ Die Abmachungen, von denen hier die Rede ist, betreffen freilich in erster Linie die westeuropäischen Zentrumsländer sowie – weit weniger – Nordamerika; und sie bestanden auch in völlig anderer Form nach 1917/1918 bzw. nach 1945 im Osten Europas. Gemeint sind damit von ArbeiterInnen und anderen sozialen Bewegungen erkämpfte Rechte, als deren Hüter sich staatliche oder sozialpartnerschaftliche Einrichtungen formierten.

Die Generation, die nach 1989/1991 in die Schule gekommen bzw. geboren ist, kennt nur mehr die Ausläufer des alten sozialen Kompromisses und erlebt Jahr für Jahr dessen Abbau. Wen wundert's, dass viele von ihnen ihr Leben nach den neuen Vorgaben der Kommodifizierung einrichten. Die beiden Jugendkulturforscher Bernhard Heinzlmaier und Philipp Ikrath beschreiben in ihrem 2013 erschienenen Buch „Generation Ego“ diese „Ökonomisierung der jugendlichen Alltagskultur“ und bringen die Problematik auf den Punkt: „Vieles von dem, was früher in den Familien erledigt wurde, hat heute Warenform angenommen und wird auf Märkten gehandelt. Insbesondere Kindererziehung, Ausbildung und Bildung wurden in den letzten 30 Jahren radikal den Zugriffen des Marktes ausgesetzt.“¹⁸ Für Hochzeiten gibt es gewerbliche Planungshilfen, das Essen wird nur mehr in Ausnahmefällen selbst gekocht, Mobiltelefonie-Applikationen für „take aways“ flutschen täglich über die kleinen Bildschirme, Baby-, Katzen- und Hundesitter-Agenturen boomen. Und für die Altenpflege debattiert die im Berufsleben stehende mittlere Generation – abhängig von den eigenen bzw. den familiären finanziellen Möglichkeiten – die Alternative einer privaten 24-Stunden-Betreuung oder eines geriatrischen Heimes. Dass es wie noch vor einer Generation für die meisten selbstverständlich war, pflegebedürftige Eltern, so lange es ging, selbst zu betreuen, kommt heute schon wegen des Leistungsdrucks im Berufsleben und der fast vollständig durchgesetzten Erwerbstätigkeit für Männer und Frauen nicht mehr in Betracht.

Herkömmliche soziale Bindungsstrukturen, die außerhalb des Marktes in Gemeinschaften wie der Familie, der Nachbarschaft, der sozialen Klasse, der religiösen Gemeinschaft oder der Nation verortet waren, haben sich aufgelöst, stellt auch der liberal-konservative Soziologe Manfred Prisching fest.¹⁹ Eine möglicher Weise von Konservativen gewünschte Restauration früherer Verhältnisse kann ausgeschlossen werden und ist auch eingedenk früherer patriarchaler Strukturen und paternalistischer Sozialpolitik nicht wünschenswert. Fortschrittliche, nicht kommodifizierte Perspektiven beschränken sich in den 2010er-Jahren auf kleinere gesellschaftliche Gruppen, die Gemeinwohl unter dem Schlagwort der „Commons“ (Allmende) einfordern. Sie werden in alternativen Betrieben, Wohn- und

¹⁷ Colin Crouch, *Postdemokratie*. Frankfurt/M. 2008, S. 107.

¹⁸ Bernhard Heinzlmaier / Philipp Ikrath, *Generation Ego. Die Werte der Jugend im 21. Jahrhundert*. Wien 2013.

¹⁹ Manfred Prisching, *Die zweidimensionale Gesellschaft. Ein Essay zur neokonsumistischen Geisteshaltung*. Wiesbaden 2006, S. 212. Zit. in: Heinzlmaier / Ikrath, S. 40.

Sozialprojekten erprobt. Im Zuge der Ausweitung von Krise und Sozialabbau können sie unter Umständen breitere gesellschaftliche Bedeutung erlangen.

Der Markt, oder besser: der Wert, den jemand auf dem Markt erzielt, wird zur bestimmenden Größe. Zu Zeiten von Karl Marx war dieser Wert noch auf den Menschen als „Ware Arbeitskraft“, also auf das von ihm erstellte Arbeitsprodukt, beschränkt. Dementsprechend analysierten Linke die Gesellschaft als Klassengesellschaft, in der das Kapital sich das Produkt des Arbeiters aneignete und damit seinen Profit erzielte. Sie taten – und tun – dies zu Recht. Heute geht es indes nicht mehr nur um die Kommodifizierung des Menschen als Arbeiter oder Arbeiterin, sondern des Menschen in seiner gesamten gesellschaftlichen Substanz. Die neue Generation sieht sich gezwungen, das eigene Ganze zur Ware zu machen, sich selbst als Marke zu kreieren. Casting-Shows fungieren dabei als Lehrmeisterinnen. Sie beschäftigen sich nicht mit der Arbeitswelt der Jugendlichen, sondern mit Unterhaltung und verschiedenen Formen des Zusammenlebens. Musizieren, Tanzen, gemeinsames Wohnen oder der Familienwechsel werden darin simuliert. Jede dieser Casting-Shows folgt demselben Muster: Konkurrenzkampf bis zum Ausscheiden, nur einer bzw. eine überlebt den Wettkampf. Gelernt wird dabei eine sehr spezifische Form von asozialer Kompetenz, die damit zur neuen Kulturtechnik erhoben wird. Der Wert des einzelnen (nicht der seiner Arbeitsleistung) steht im Mittelpunkt; er (oder sie) wird als gesamte Person dem Konkurrenzkampf ausgesetzt, verwertet. Die Zielvorgabe besteht darin, sich am jeweiligen Markt (Musik, Tanz, Beziehung) als Bester zu positionieren. Viele Jugendliche folgen diesen Vorgaben im Alltag, weil Kollektivität, Klassenbewusstsein, Familiensinn und religiöses Zusammengehörigkeitsgefühl eben durch das Markt-Paradigma ersetzt werden. „Wenn das Marktparadigma zur Lebensselbstverständlichkeit wird,“ schreiben Heinzlmaier und Ikrath, „so werden, wenn über die Inklusion und Exklusion von Menschen entschieden wird, in erster Linie Marktimperative als Begründung herangezogen.“²⁰

Das verwertungsorientierte Verständnis einer „Ich-Marke“ setzt notwendiger Weise Individualität voraus, Abgrenzung zum Nächsten, zum Konkurrenten. Glaubt man dem Doyen der Soziologie, dem deutschen Philosophen Georg Simmel, dann ist Individualität das Resultat gesellschaftlicher Differenzierung.²¹ Diese hängt nicht unwesentlich von den herrschenden Produktionsverhältnissen ab. Industriegesellschaften erfordern gemeinsames Erarbeiten industrieller Produkte, was – im Kampf um kollektive Rechte gegen die Interessen des Kapitals – die Ausbildung einer Arbeiterbewegung und einer Klassenidentität hervorgebracht hat. Der postindustriellen Gesellschaft fehlt dieser produktionsbedingte Kollektivismus, ihre Mitglieder atomisieren sich entsprechend ihrer Arbeits- bzw. Nichtarbeitsverhältnisse. Die Arbeitsteilung hat einen Grad an technischer und räumlicher Distanz erreicht, dass das Gemeinsame am Arbeitsprozess für den Einzelnen nur mehr als Abstraktion erkennbar und nicht mehr erfahrbar ist. Individualität wird zur vorherrschenden Identität. In einer Studie der beiden Jugendkulturforscher Heinzlmaier und Ikrath

²⁰ Heinzlmaier / Ikrath, S. 41.

²¹ Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt/Main 1992, S. 792, zit. in: Heinzlmaier / Ikrath, S. 55.

beantworteten junge ÖsterreicherInnen die Frage, wer ihr Handeln am meisten beeinflusst, mehrheitlich mit „individuelle Werte und Gefühle“, während die Familie nur für die Hälfte der Jugendlichen eine handlungsleitende Instanz ist und Institutionen wie Parteien, Religionen oder der Staat gar nur für 10% wichtig sind.²² Was unter „individuelle Werte und Gefühle“ zu verstehen ist, offenbart sich einem in historischen Kategorien Denkenden nur schwerlich, erlernt doch niemand durch sich selbst gesellschaftlichen Umgang und Kulturpraktiken. Außerdem fällt auf, dass die durch Marktwirtschaft forcierte Individualität offensichtlich nicht Einzigartigkeit bedeutet, sondern im Gegenteil Konformität hervorbringt. Einen Widerspruch muss das indes nicht darstellen, wie Manfred Pirsching erklärt. Der Soziologe meint sogar, dass die dem Markt hörige Individualität erst wahrhaftig ist, wenn sich die so verstehenden Individuen gesellschaftlich konform verhielten: „Moderne Individualität ist mentale Konformität plus dekorative Diversität“²³, komprimiert er seine Ansicht auf diese drei Substantive. Wobei zu überlegen ist, ob die Dekoration, also die Äußerlichkeit jener, die gesellschaftlich konform „Individualität“ zum Leitbild ihrer Identität erheben, tatsächlich so unterschiedliche Ausprägungen hat. Eine Durchsicht von jungen SchwärmerInnen an einer beliebigen großstädtischen U-Bahnstation in der Nacht von Samstag auf Sonntag und ein Abgleich dieses Befundes mit diversen Modemagazinen lässt Zweifel an der These einer „dekorativen Diversität“ aufkommen. Die RepräsentantInnen der Ich-Marken gleichen sich oft aufs Haar, sowohl wörtlich wie im übertragenen Sinn.

Der in Karlsruhe lehrende Philosoph Byung-Chul Han sieht die „Generation Ego“, die er allerdings nicht auf Jugendliche und junge Erwachsene beschränkt, als „zufällige Ansammlungen oder Vielheiten von für sich isolierte Individuen, von Egos, die ein gemeinsames Interesse verfolgen oder sich um eine Marke gruppieren („brand communities“).“²⁴ Diese seien dem gesellschaftlich zunehmenden Zwang zur Transparenz ausgesetzt, den Han nicht als moralischen, sondern als ökonomischen Imperativ verstanden wissen will. Ich-Marken-Bildung und Transparenzzwang sind wesentliche Grundlagen der Kontrollgesellschaft.

²² Heinzlmaier / Ikrath., S. 54.

²³ Manfred Pirsching, *Die zweidimensionale Gesellschaft*, S. 183.

²⁴ Byung-Chul Han, *Transparenzgesellschaft*. Berlin 2013, S. 80.